

Fühlen Sie sich als Wahlsieger, Herr Kretschmer ?

„Dafür, dass es diese Koalition noch gar nicht gibt, lief es gut“

Sachsens Ministerpräsident steckt mitten in der Regierungsbildung – und im Konflikt mit der Parteilinie. Michael Kretschmer, CDU, über Kinderfernsehen und seinen Dissens mit Merz.

Herr Kretschmer, als neuer Chef haben Sie die Ministerpräsidentenkonferenz für diese Woche in die Kongresshalle am Leipziger Zoo eingeladen. Wird das eine Ansammlung zahnlöser Tiger, da etwa in der Migrationspolitik am Ende doch der Bund entscheidet?

Ganz im Gegenteil: Nicht zuletzt die einstimmigen Beschlüsse zur Migrationspolitik haben doch die Bedeutung dieses Gremiums verdeutlicht. Nehmen Sie nur das Treffen in Frankfurt vor einem Jahr, als nach den Wahlen in Bayern und Hessen in großer Verantwortung weitgehende Beschlüsse gefasst wurden, die Deutschland verändert haben. Beispielsweise die Grenzkontrollen kamen auf Druck der Länder zustande.

Welches Signal soll nun von Leipzig ausgehen?

Wir werden einen ehrlichen Blick auf die Problemlage in Deutschland werfen. Die Konferenz ist ein Ort, an dem über Parteigrenzen hinweg gedacht und entschieden wird. Die Verständigung auf die wirklich wichtigen Fragen für Deutschland gelingt oft besser als in der Bundesregierung. So soll es auch diesmal sein.

Auf der Agenda steht auch die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, den Sie als „Insel der Verlässlichkeit“ bezeichnen. Was muss sich ändern, damit er es bleibt?

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen Vertrauensverlust erlitten. Gerade in einer Zeit von Fake-News, sozialen Netzwerken und Filterblasen ist es umso wichtiger, den Kernauftrag zu schärfen: Information, Bildung, Wissen und Kultur. Es braucht gute, ausgewogene Recherchen. Die Zukunftskommission hat gute Vorschläge erarbeitet, damit der ÖRR mit digitalen Angeboten jüngere Zielgruppen erreicht.

In vielen Bereichen sind die Sender zu kleinteilig, und für jede Sparte gibt es parallele Programme. Hier

sehen wir Einsparungspotential durch Zusammenlegung der Sender. Ein großer Teil der Bevölkerung sieht eine Kostengrenze erreicht, und zwar zu Recht. Ich bin guter Hoffnung, dass wir in Leipzig einen Reformstaatsvertrag auf den Weg bringen.

Wie viele Sender wollen Sie abschaffen?

Es geht um Spartenkanäle, das werden wir klug und mit Augenmaß tun. In den Spartensendern steckt schließlich auch Innovationskraft. Aber wo sie ähnliche Zielgruppen ansprechen, müssen ARD und ZDF enger zusammenarbeiten: also zum Beispiel bei Kindern und Jugendlichen, bei der Kultur oder auch im Nachrichtengeschäft.

Kommen wir zur Migration. Welche neuen Impulse wollen Sie setzen?

Wir brauchen endlich einen Asylfrieden. Wir werden über neue Instrumente für mehr Rückführungen und eine bessere Integration derer reden, die bei uns bleiben. Vor allem aber geht es um die Reduzierung der Zuzugszahlen – selbst Bundesinnenministerin Nancy Faeser von der SPD räumt inzwischen wegen der Kriminalitätsraten ein, dass wir mit der Aufnahme aktuell überfordert sind.

Der Streit um die „Obergrenze“, die Faesers CSU-Vorgänger Horst Seehofer einst forderte, drehte sich um die Zahl 200.000. Dann sprachen Sie erst von 60.000, dann von 30.000. Haben Sie gar keine „Untergrenze“?

Von Januar bis September haben 180.000 Menschen Asyl in Deutschland beantragt. Wir werden also auch in diesem Jahr wieder mehr als 200.000 Menschen aufnehmen – zusätzlich zu über einer Million, die 2015/16 aus Syrien und anderen Ländern kamen, und den 1,2 Millionen aus der Ukraine, die vor Russlands Angriff geflohen sind. Das steht in keinem Verhältnis mehr zu den Möglichkeiten, die wir derzeit noch haben. Allein in Sachsen werden pro Monat 500

Datum: 22.10.2024

Kinder neu eingeschult, die Lehrer fehlen. Die Hälfte aller Kurse an den Volkshochschulen sind inzwischen Deutsch- und Integrationskurse.

Daher sage ich: Wir müssen mit den Zahlen deutlich runter. Für die kommenden Jahre geht es darum, dass die Anzahl der Asylbewerber eher in der Größenordnung von 30.000 Personen pro Jahr liegt als bei den aktuell 200.000. Eine Verständigung auf diese Größenordnung ist wichtig, daraus leiten sich die Maßnahmen ab.

Wollen Sie dafür wie der frühere EU-Ratspräsident Donald Tusk in Polen das entsprechende europäische Recht aussetzen?

Ein Asylrecht wird es immer geben. Aber wir müssen es ändern. Als Forderungen dieser Art in den Niederlanden oder in Dänemark laut wurden, hat Deutschland noch erfolgreich weggehört. Nun sagt es der Liebling aller Europäer, der ehemalige Ratspräsident Tusk, das ist gut und verdeutlicht den Handlungsdruck.

Was ist mit dem deutschen Asylrecht? Möchten Sie es abschaffen?

Nein. Das Grundrecht auf Asyl ist ein zentraler Pfeiler unseres Grundgesetzes. Aber wir müssen es an die aktuelle Situation anpassen. Die Welt hat sich verändert. Wir müssen handeln und können uns den Asylkompromiss aus den Neunzigern zum Vorbild nehmen – mit umfassenden Zurückweisungen an den Grenzen.

Michael Kretschmer, CDU

Sollten dafür die SPD-Länderchefs mehr Druck auf den eigenen Kanzler und die eigene Bundestagsfraktion machen?

Die SPD-Ministerpräsidenten haben einen sehr klaren und verantwortungsvollen Blick auf die aktuelle Situation. Beim Thema Migration und Grenzkontrollen liegen sie viel näher an der Wirklichkeit als die sozialdemokratische Bundestagsfraktion. Die bremst mit den Grünen auch den Kanzler aus, der in seinen Bemühungen um Migrationsabkommen mit verschiedenen Ländern eigentlich auf dem richtigen Weg ist.

Gilt das auch für des Kanzlers Wirtschaftspolitik?

Wir stecken in der Rezession fest. Viel zu spät hat der Bundeskanzler jetzt zu einem Industriegipfel eingeladen. Die Ministerpräsidenten werden deutlich machen, dass Deutschland einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik braucht. Die Autoindustrie,

das industrielle Herz unseres Landes, schwächelt, energieintensive Unternehmen wandern ab. Wir müssen diesen Prozess aufhalten.

Wie?

Dass die Preise für Strom und Gas zuletzt gesunken sind, ist leider kein Erfolg der Bundesregierung, sondern das Ergebnis einer durch die Wirtschaftskrise gesunkenen Nachfrage. Wir brauchen wettbewerbsfähige Energiepreise, Technologieoffenheit und Wettbewerb statt staatlicher Mikrosteuerung. Ökonomie und Ökologie müssen gleichberechtigte Ziele sein. Die Grünen setzen in der Bundesregierung ihre ökologischen Ziele auf Kosten unseres Wirtschaftsstandorts durch. Das muss aufhören.

Wir sehen die Notwendigkeit, die EU-Regeln für Autobauer zu ändern. In Brüssel müssen wir verhindern, dass wegen gestiegener CO₂-Durchschnittswerte der Flotten auch noch Strafzahlungen fällig werden: Sonst fehlt das Geld, um Innovationen voranzutreiben und Modelle zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten.

Mit Ihrer Dauerkritik haben Sie und die CDU dazu beigetragen, dass die Umweltpartei bei der jüngsten Wahl fast aus dem sächsischen Landtag geflogen wäre. Ist nun die Zeit, das Grünen-Bashing zu beenden?

Das habe ich nie betrieben. Ich spreche nur die Realität an, wie sie ist. Wirtschaftsminister Robert Habeck gesteht seine Fehler doch selber ein – er weiß, dass das Heizungsgesetz ein bürokratisches Monster ist und wahnsinnig viel Vertrauen zerstört hat.

Mit der SPD, aber vor allem mit dem Bündnis von Sahra Wagenknecht, die sich gerade aktiv in die Sondierungen in Thüringen eingemischt hat, stehen Ihnen mutmaßlich nun ebenfalls schwierige Sondierungsgespräche bevor, ehe sie eine Koalition bilden und erneut zum Regierungschef gewählt werden können. Fühlen Sie sich noch als Wahlsieger?

Die Union ist als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen und hat den Auftrag, eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Der Landtag hat sich geräuschlos konstituiert, sich eine Geschäftsordnung gegeben und ein Präsidium gewählt. Wir haben eine gute Grundlage für die Sondierungsgespräche mit SPD und BSW geschaffen, die von allen Vorständen bestätigt wurde. Und uns eint das gemeinsame Ziel, diesem Land zu dienen. Ich bin mit der Art und Weise, wie wir hier miteinander unterwegs sind, zufrieden.

Michael Kretschmer, CDU

Datum: 22.10.2024

Die Wahl für das Landtagspräsidium lief mehr als holprig. Wie soll es mit einer Koalition klappen, wenn nicht einmal diese Wahl reibungslos funktioniert?

Dafür, dass es diese Koalition noch gar nicht gibt, lief es gut, finde ich.

Tatsächlich? Der Kandidat der AfD ging glatt durch, der des BSW brauchte hingegen zwei Anläufe, und der der SPD sogar drei.

Manchmal braucht es eben einen zweiten oder dritten Anlauf, entscheidend ist, dass die Kandidaten am Ende gewählt wurden.

Nach der Landtagswahl sprach Ihr Bundesparteichef Friedrich Merz vom BSW als „Black Box“. Sie haben mittlerweile hineingeschaut. Was haben Sie gefunden?

Wir haben es mit Menschen wie der BSW-Landeschefin Sabine Zimmermann zu tun, die mit großem Engagement und vielen Ideen an die Arbeit gehen und das Land gestalten wollen.

Sabine Zimmermann wird eine sehr viel größere Nähe zu Wagenknecht nachgesagt als beispielsweise der Thüringer Landeschefin Katja Wolff. Macht es das für Sie einfacher oder schwieriger?

Von mehr oder weniger Nähe weiß ich nichts.

Sie haben laut sächsischer Verfassung Zeitdruck. Ist Anfang Februar kein neuer Ministerpräsident gewählt, gibt es Neuwahlen. Wie groß wäre der politische Schaden?

Unsere Gespräche bis hierhin waren ernsthaft und konstruktiv. Ich bin zufrieden mit der Art und Weise, wie wir hier im Gegensatz zum ständigen Ampelstreit in Berlin miteinander unterwegs sind. Wir sind inhaltlich gut vorangekommen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass diese Koalition rechtzeitig zustande kommt. Das wäre viel besser als eine Minderheitsregierung, die zu permanentem Streit führt. Das ist vielen, die jetzt von dieser Option sprechen, nicht bewusst.

Die Bundes-CDU will, dass es in erster Linie um sächsische Themen geht und nicht von Dresden aus eine neue Nebenaußenpolitik gegenüber Russland vorangetrieben wird. Ihr „FAZ“-Gastbeitrag von Anfang Oktober, zusammen mit Ihrem Parteifreund Mario Voigt aus Thüringen und dem Brandenburger SPD-Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, die ebenfalls mit dem BSW sondieren, weckte da bei einigen wieder Zweifel.

Im Ergebnis unserer Kennenlerngespräche steht nur ein einziger Satz zur Außenpolitik: Wir wollen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für Frieden in Europa einsetzen. Ich wüsste nicht, wer

dagegen etwas haben könnte. Zweitens bin ich, was Russland und die Ukraine anbelangt, konsistent. Der Namensartikel macht unsere Position nochmals deutlich. Mit der Strategie, den Krieg auf dem Schlachtfeld zu beenden, ist man in zweieinhalb Jahren trotz der Militärhilfe nicht erkennbar vorangekommen.

Es ist Zeit, diplomatisch mehr zu versuchen. Friedrich Merz hat das mit seinem Vorschlag einer Kontaktgruppe noch konkretisiert, was ich sehr gut fand.

Merz hat gerade gefordert, Kremlchef Wladimir Putin ein 24-stündiges Ultimatum zum Stopp des russischen Bombenterrors gegen Zivilisten zu stellen – und sonst doch Taurus-Marschflugkörper zu schicken. Sind Sie in Ihrer Partei noch richtig?

Wir sind in der Union gemeinsam der Meinung, dass wir einen russischen Aggressor haben, kein einziges Quadratmeter der Ukraine russisch werden darf und Deutschland fest in der Nato und der EU verankert bleibt. In der Frage, wie wir diesen Krieg am wirkungsvollsten zu einem Ende bringen, gibt es unterschiedliche Meinungen. Das halte ich für durchaus legitim. Das zeichnet die Volkspartei CDU aus.

Auch das sehen nicht alle in Ihrer Partei so.

Die Art und Weise, wie wir über dieses existenzielle Thema sprechen, das so viele Menschen umtreibt und in Ostdeutschland noch einmal anders, geht so nicht. Wir können am 3. Oktober noch so große Worte über die Einheit finden: Wenn es nicht möglich ist, in so zentralen Fragen respektvoll miteinander zu diskutieren, entwertet das jede Sonntagsrede. Ich fand die Antwort des polnischen Botschafters und seiner baltischen Kollegen auf den Namensbeitrag von Mario Voigt, Dietmar Woidke und mir sehr positiv. Sie sehen vieles anders, haben das aber in einer Art und Weise aufgeschrieben, dass jederzeit ein Gespräch möglich ist.

In Sachsen haben mehr als 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die AfD gestimmt. Sorgen Sie sich, dass ausländische Fachkräfte aus Angst fernbleiben?

Wir sehen weitere Ansiedlungen und das Wachstum in der Wirtschaft. Aber es geht um etwas sehr viel Grundlegenderes: Viele Bürgerinnen und Bürger glauben nicht mehr daran, dass sich durch die Arbeit in den Parlamenten, durch die Justiz, aber auch durch den Journalismus Dinge zum Positiven bewegen. Die

Demokratie verteidigt am besten, wer mit ihren Instrumenten Probleme löst. Diese Art von Zeitenwende braucht es, um die Menschen wieder von der Demokratie zu überzeugen. Vor fünf Jahren waren es vielleicht zehn Prozent, die aus tiefer Überzeugung die AfD wählten. Jetzt sind es 15 bis 20. Da liegt die Gefahr.

Was würde erst passieren, wenn es der sächsischen Wirtschaft noch deutlich schlechter ginge?

Wir sprechen hier über ganz Deutschland. Die Probleme sind doch bekannt und jede Nachwahlbefragung bestätigt es. Die Menschen unterscheiden auch nicht mehr, auf welcher Ebene etwas entschieden werden kann. Als beispielsweise in Sonneberg ein AfD-

Landrat gewählt wurde, ging es den Menschen um das Gebäudeenergiegesetz, die Energiepolitik, Migration sowie Krieg und Frieden, alles Themen, die ein Landrat mit seinem Kreistag nicht klären kann.

Dieselben Themen dominierten auch die Europa- und Landtagswahlen. Das sind deutliche Signale an die Bundesregierung: Handelt endlich, löst die Probleme in unserem Land. Wenn die demokratischen Parteien bei diesen immer gleichen Themen keine Lösung anbieten, werden die Unzufriedenheit größer und die Ränder und populistischen Parteien stärker.

[Link](#)

Christopher Ziedler